

Vaduz, den 31. Januar 2012

MEDIENMITTEILUNG

FBP-Präsidium für Beibehaltung der Mutterschaftszulage

Regierungschef Klaus Tschüscher hat sich in seiner Funktion als Familien- und Finanzminister gegen Ende des letzten Jahres für die Abschaffung der Mutterschaftszulage ausgesprochen und hierfür eine Vernehmlassung durchgeführt. Das Präsidium der FBP hat sich an seiner gestrigen Sitzung mit dieser Vernehmlassungsvorlage befasst und sich einstimmig gegen die Abschaffung der Mutterschaftszulage ausgesprochen, welche den Staatshaushalt mit jährlich rund CHF 200'000.- belastet.

Die Mutterschaftszulage wird nur jenen Müttern und Familien gewährt, welche auch auf die Mutterschaftszulage angewiesen sind. Konkret haben nur Frauen, die während der Schwangerschaft nicht unselbstständig erwerbstätig gewesen sind und somit anlässlich der Mutterschaft keinen Anspruch auf Taggelder aus der obligatorischen Krankentaggeldversicherung oder auf Lohnfortzahlung des Arbeitgebers haben, Anspruch auf die Mutterschaftszulage. Des Weiteren hängt der Anspruch auf Mutterschaftszulage von der Summe des Erwerbs der Frau und jenem ihres Ehe- oder Konkubinatspartners ab. Die Abschaffung der Mutterschaftszulage hätte beispielsweise zur Folge, dass ein Paar mit einem gemeinsamen Erwerb unter CHF 50'000.- die einmalige Auszahlung der Mutterschaftszulage von CHF 4'500.- entfallen würde.

Diese Einschränkungen zur Ausbezahlung der Mutterschaftszulage belegen, dass nur jene Mütter in den Genuss dieser Unterstützung kommen, die sie auch wirklich benötigen. Dies bedeutet, dass Regierungschef Klaus Tschüscher bei jenen Personen sparen möchte, welche auf die Unterstützung des Staates angewiesen sind. Für das Präsidium der FBP ist deshalb die Streichung der Mutterschaftszulage nicht zu akzeptieren. Darüber hinaus widerspricht die Abschaffung dem übergeordneten Ziel, Massnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate zu fördern. Die vor wenigen Wochen publizierten Ergebnisse zur Volkszählung haben deutlich aufgezeigt, dass die Erhöhung der Geburtenraten höchste Priorität einzuräumen ist, da sonst langfristig unser Sozialsystem vor existentielle Probleme gestellt wird.